

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: BAG Sportpolitik
Beschlussdatum: 05.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 222 bis 223 einfügen:

Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport, deshalb sollte Sport als Staatsziel im Grundgesetz verankert sein. Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale

Nach Zeile 225 einfügen:

Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern Europas eine Zukunft haben. Wir wollen zeigen, dass Nachhaltigkeitsziele fester Bestandteil von Sportgroßveranstaltungen sind. Die Beachtung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wollen wir durch Transparenz und Überprüfbarkeit in den Vergaben und Ausrichtungen zur Vorgabe machen. Wir wollen mit einer europäischen Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen Sportverbänden und Wettbetrug vorgehen.

Mit einer nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von Leistungssportler*innen der olympischen, World-Games und nicht-olympischen Sportarten verbessern und die Mittelvergabe transparenter gestalten. So wie wir uns erfolgreich für den Safe Sport mit unabhängigem Zentrum und verbindlichem Regelwerk eingesetzt haben, wollen wir auch für demokratischere Strukturen für Athlet*innen und Trainer*innen mit faireren Löhnen, Mutterschutz und Altersvorsorge kämpfen. Wir wollen die Übungsleiter*innen- und Ehrenamtszuschläge deutlich erhöhen.

Sport lebt von Fair Play - Maßnahmen gegen Doping und Gewaltprävention im Sport müssen ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden. Die Belange von Mädchen und Frauen sowie die der Inklusion und Diversität fördern wir gezielt mit unserer Sportpolitik.

Mit dem Ausbau des Bundesprogramms zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern schaffen wir gute Bedingungen für Training, Breitensport und Schwimmbildung. Wir prüfen, wie dies bedarfsgerechter und flexibler gestaltet werden kann. Wir wollen, dass die Gemeinnützigkeit des E-Sports durch die dafür notwendige Änderung der Abgabenordnung erreicht wird.

Fans sind essenzieller Bestandteil des Sports. Wir stärken die sozialpädagogischen Fanprojekte und schützen die Bürger*innenrechte von Fans. Wir reformieren intransparente Datensammlungen und setzen auf den Dialog der beteiligten Akteur*innen. Das Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit im Sport weiten wir aus.

Begründung

Die alternative Version unseres Änderungsantrags ist notwendig, da sie wesentliche Ergänzungen und Präzisierungen enthält, die die Sportpolitik umfassender, zukunftsorientierter und sozial gerechter gestalten. Eine zentrale Erweiterung ist die Forderung, den Sport als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Dies betont die herausragende Bedeutung des Sports für das gesellschaftliche Zusammenleben und schafft eine rechtliche Grundlage, um seine Förderung langfristig und nachhaltig zu sichern. Der Originaltext des Bundesvorstands lässt diesen essentiellen Schritt unberücksichtigt, wodurch die Bedeutung des Sports als gesellschaftliche Säule nicht ausreichend gewürdigt wird.

Unsere Version legt zudem einen stärkeren Fokus auf die Verankerung von Menschenrechten und Nachhaltigkeitszielen im Kontext von Sportgroßveranstaltungen. Während die Originalversion dies nur allgemein erwähnt, betonen wir die klare Beachtung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und fordern Transparenz und Überprüfbarkeit bei der Vergabe und Ausrichtung solcher Veranstaltungen. Diese Präzisierung ist notwendig, um die Einhaltung dieser Werte nicht nur zu postulieren, sondern auch praktisch sicherzustellen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Version liegt auf der Bekämpfung von Korruption und Wettbetrug im Sport. Wir schlagen wie bereits in unserem Europawahlprogramm 2024 die Einrichtung einer europäischen Agentur vor, um diesen Herausforderungen wirksam entgegenzutreten. Der Originaltext bleibt an dieser Stelle zu vage, während wir konkrete Maßnahmen zur Förderung von Integrität und Glaubwürdigkeit im internationalen Sport benennen.

Darüber hinaus erweitern wir die Förderung von Sportarten, indem wir nicht nur olympische Disziplinen, sondern auch World-Games- und nicht-olympische Sportarten berücksichtigen. Diese Erweiterung ist notwendig, um die Vielfalt im Sport zu fördern und kleinere sowie spezialisierte Sportgemeinschaften angemessen zu fördern. Der Originaltext vernachlässigt diese Chancengleichheit und bleibt auf olympische Sportarten beschränkt.

Unsere Version legt außerdem besonderen Wert auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Sport. Wir fordern demokratischere Strukturen für Athlet*innen und Trainer*innen, einschließlich fairer Löhne, Mutterschutz und Altersvorsorge. Zudem schlagen wir eine deutliche Erhöhung der Übungsleiter*innen- und Ehrenamtszuschüsse vor, um das Ehrenamt als Grundpfeiler insbesondere des Breitensports attraktiver zu machen und die soziale Sicherheit der Engagierten zu stärken. Der Originaltext ignoriert diese wichtigen sozialen Aspekte weitgehend und wird somit den Anforderungen an eine moderne Sportpolitik nicht gerecht.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir auf die gezielte Förderung von Mädchen, Frauen sowie auf Inklusion und Diversität. Während der Originaltext dies lediglich anspricht, benennen wir konkrete Maßnahmen, um bestehende Barrieren im Sport abzubauen und die Teilhabe aller zu stärken.

Auch im Bereich des Breitensports und der Schwimmausbildung geht unsere Version über die Vorschläge des Bundesvorstands hinaus. Wir konkretisieren, dass der Ausbau des Bundesprogramms zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern gute Bedingungen für Training, Breitensport und Schwimmausbildung schaffen soll. Dabei betonen wir die Notwendigkeit, diese Maßnahmen bedarfsgerecht und flexibel zu gestalten, um den Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden.

Schließlich gehen wir in unserer Version gezielt auf die Rolle von Fans ein, die mit ihrer Fankultur essenzieller Bestandteil des Sports sind. In diesem Politikfeld haben wir mit einer differenzierten

Sichtweise ein Alleinstellungsmerkmal im politischen Wettbewerb. Wir fordern nicht nur die Stärkung sozialpädagogischer Fanprojekte, sondern auch den Schutz der Bürger*innenrechte von Fans und die Reform intransparenter Datensammlungen- wie der Datei "Gewalttäter Sport", deren Speicherungspraxis rechtsstaatlichen Prinzipien widerspricht. Zudem erweitern wir das Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit im Sport, ein grüner Erfolg in der 20. Wahlperiode, der aufgrund der Herausforderungen in diesem Bereich ausgebaut werden sollte.

Zusammenfassend bietet unsere Version eine deutlich umfassendere, konkretere und modernere Perspektive auf die Sportpolitik. Sie stellt den Sport als gesellschaftliche Säule in den Mittelpunkt, fördert soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Nachhaltigkeit und bietet konkrete Maßnahmen, um die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft effektiv zu bewältigen.